

Der Maler

Organ des Verbandes der

Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonntags
Abonnementspreis 1,50 M. pro Quartal
bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 26, Alsterterrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8248

Postfachkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Der 9. November.

Sieben Jahre sind verfloßen, seit eine gewaltige Umwälzung in dem alten Europa vor sich gegangen ist. Aufwendend erhofften die Völker den Beginn einer neuen, besseren Zeit. Nicht nur, weil der menschenmordende Krieg Ende war, sondern weil sie glaubten, daß der Militarismus und mit ihm auch der Kapitalismus endgültig in den Strömen des vergossenen Blutes erstickt seien. Die Masse der Arbeiter, Angestellten und Beamten, die der Arbeiterbewegung bisher gleichgültig, zum Teil sogar feindlich gegenübergestanden hatte, schloß sich den Gewerkschaften und den politischen Arbeiterparteien an, und manches, was vor kurzem noch in weiter Ferne leuchtete, schien in der besonderen Kampferreichte zu sein.

Widern wir auf die Kämpfe der Jahre 1918 und Anfang 1919 zurück, so finden wir, daß das Wollen und die Erwartungen, namentlich in wirtschaftlichen Fragen, zu weit über die Kräfte gingen. Viel hat zu der Enttäuschung die Nichtberücksichtigung der Sozialisierung beigetragen, die von einer verantwortlichen Agitation als in greifbare Nähe gestellt, dargestellt wurde. Andere Errungenschaften, wie der Achtstundentag, die Gewährung einer staatlichen Erwerbslosenunterstützung, politische und auch wirtschaftliche Rechte den trotz aller Leiden und Entbehrungen eines mehr als zehnjährigen Krieges zu mühelos errungen, um in ihrer Tragweite voll gewürdigt zu werden.

Unersahen im Gebrauch der politischen Macht, schossen die Bestrebungen weit über das erreichbare Ziel hinaus. Die Vorbereitung der neuen Wirtschaftsordnung war im Denken und Fühlen der Menschen nicht weit genug gediehen, indem man behauptete, daß die sozialisierte Gemeinschaft in kürzester Frist durchgeführt werden könnte, daß die Gewerkschaften alles vermöchten, wenn sie nur die Mittel für die Befreiung der arbeitenden und wertehaftenden Bevölkerung sich einzusehen gewillt wären. Begrub man — ob mit Absicht oder aus Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse, möge dahingestellt sein — den Einfluß der eigenen Klasse. Zu einer Zeit, wo die Einigkeit und Zusammengehörigkeit nötiger war als je zuvor, wo alle Gegensätze über das Endziel nur scheinbaren Meinungsverschiedenheiten hätten gleichgeachtet werden dürfen, mußte der unheilvolle Richtungsstreit zur Zersplitterung und zum inneren Kampf führen. Selbst gegnerische Kreise hatten den Weg zur Macht, der sich anfänglich in den Bestrebungen der arbeitenden Bevölkerung zeigte, durchaus ernst genommen und standen ihnen zum Teil nicht einmal unparteiisch gegenüber. Aber die böse Saat mußte schlimme Früchte tragen; dem Volke vorzugaukeln, daß die Durchführung des Sozialismus von heute auf morgen möglich sei, daß er nur durch den Widerstand der Gewerkschaften verhindert würde, mußte das Vertrauen der Neugewonnenen untergraben. Dieser Geist der Uneinigkeit raubte der arbeitenden Arbeiterklasse die Kampfkraft, so daß weder der Politik noch in der Wirtschaft die erreichten Ergebnisse gefestigt und gesichert, noch viel weniger weitere Ziele, durchaus im Bereiche der Möglichkeit lagen, unter den Auswirkungen eines immer größer werdenden Zwiespaltes durchzuführen oder durchgeführt werden konnten.

So ist es nicht verwunderlich, daß sich die alten Mächte der Reaktion zusammenschloßen. Das Aufhauen gegen Demokratie und Republik ist letzten Endes nur der Ausdruck des Kraftgefühls jener Kreise, denen das Volk selbst durch die Wahl der Parteien in die Hand gegeben hat. Denn diejenigen, die berufen wurden, Demokratie und Republik zu schützen, waren ja zu den geschworenen Feinden derselben, und der Sieg bleibt allein der Arbeiterklasse überlassen.

Wenn wir am 9. November Rückblick halten, dann können wir zu der Ueberzeugung kommen, daß die Reaktion durch den inneren Zwiespalt in den Reihen der Arbeiterklasse so erstarken konnte. Darum kann es jetzt nur heißen: Einkehr zu halten in uns selbst, jeden Zank und Streit beiseite lassen und unsere Front geschlossen

gegen den Feind der arbeitenden Klasse zu richten. Durch die politischen und wirtschaftlichen Ereignisse ist doch allen, die hören und sehen wollen, mit aller Deutlichkeit vor- demonstriert worden, wohin die Reise geht, wenn sich die vorwärtsstrebende Arbeiterschaft nicht zu einheitlichem Tun und Handeln zusammenschließt und mit frischem Mut den Kampf gegen die Reaktion aufnimmt. Die Zeit ist vorüber, wo uns gereifte Früchte mühelos in den Schoß fielen. Nur in ständigem Kampfe und unter großen Opfern von jedem einzelnen kann Verlorenes wieder zurückerobert und darüber hinaus der Wille der Arbeiterschaft in Staat und Wirtschaft zur Geltung gebracht werden.

Dennoch, vieles ist erreicht, und nur böser Wille oder Kurzsichtigkeit können bestreiten, daß die Bewegungsfreiheit der arbeitenden Klassen gegenüber der Vorkriegszeit gemindert sei. Der riesige Proletariat hat sich geregt, und krachend ist ein Teil der Ketten geborsten. Aber noch einmal ist er in den Schlaf gesunken, und seine Wehrkräfte sind bemüht, heimlich in der Stille neue Fesseln zu schmieden. Fassen wir das Ziel ins Auge, das uns der Dresdener Gewerkschaftskongress aufgezeigt hat, und versuchen wir, es unter Zurückstellung aller häuslichen Zwistigkeiten zu erreichen, dann führen wir einen Kampf um eine höhere Kultur. Zweck und Ziel werden dann den einzelnen zur Führung dieses Kampfes im Sinne einer höheren Wirtschaftsordnung befähigen. Sorgen wir in erster Linie dafür, daß alle Fernstehenden ihrer Organisation zugeführt werden, dann werden auch die vergangenen Jahre, trotz des Rückschlages, nicht ganz nutzlos gewesen sein. Einigkeit und Recht und Freiheit werden dereinst Gemeingut nicht nur des deutschen Volkes sein, sondern das ganze Erdenrund umfassen. Auch dessen seien wir am 9. November eingedenk, daß die Opfer des Krieges und seiner Folgen dennoch für die Befreiung der Menschheit gefallen sind.

Verbandstage der Arbeitgeber des Malergewerbes im Jahre 1925.

Reichsbund, Bund deutscher Dekorationsmaler.

Der Reichsbund unserer Arbeitgeber hielt dieses Jahr keine Hauptversammlung, sondern — vom 12. bis 14. August — nur eine Hauptausschusssitzung ab. Vor und nach dieser Tagung haben die verschiedenen Unterverbände ihre Hauptversammlungen abgehalten, so unter anderem der Landesverband Hessen (St. Offenbach) am 3. Mai, der Württembergische Malerbund am 16. und 17. Mai, der Badische Maler- und Tünchermeisterverband am 23. und 24. Mai, der Gauverband Norddeutschland am 5. bis 7. Juni, der Landesverband Hessen-Nassau am 20. und 21. Juni, der Mitteldeutsche Malerbund am 20. bis 23. Juni, der Verband Sächsischer Vereinigungen selbständiger Maler und Lackierer am 22. und 23. August, der Landesverband der Bayerischen Maler- und Lackiererinnungen am 5. bis 7. September, der Niedersächsische Malerbund im August.

Geht man die in den Organen der genannten Verbände erschienenen Berichte über diese Verbandstage durch, so findet man trotz gewisser Unterschiede in den behandelten Fragen doch im allgemeinen ganz naturgemäß sehr viel Uebereinstimmung. So wurden wohl überall erörtert die schon lange angekündigte und noch nicht in eine feste Form gekommene neue Reichshandwerkerordnung, und die ebenfalls bevorstehende Reichsverbandsordnung. Von beiden Gesetzen verspricht man sich organisatorisch und wirtschaftlich eine wesentliche Verbesserung des jetzigen Zustandes, besonders auch gegenüber den Baubehörden. Dabei plädiert man besonders für die Verteilung größerer Arbeiten in kleinere Lose, sucht aber andererseits nach wirksamen Mitteln gegen das auch sehr viel erwähnte Pfuschertum, das unseres Erachtens größtenteils identisch ist mit Kleinmeisterum. Denn viele der für eigene Rechnung arbeitenden Gehilfen sind schließlich doch nichts anderes als angehende Meister, von denen sich ein Teil zum selbständigen Unternehmer vorwärts und der andere zum Gehilfen rückwärts entwickelt; je nach Eignung, Glück oder Geldbeutel. Auch die Wirtschafts- und Kollfragen, mit besonderer Berücksichtigung der Malereinkaufsgenossenschaften, sind vielfach besprochen worden. Dabei hat man gegen den starken Einfluß des Farbenhandels und die aus diesen Kreisen hervorgehende

Gegnerschaft zum Genossenschaftswesen Stellung genommen, wobei dann auf das in Greifswald unter starker Beteiligung des Reichsbundes errichtete Kreidewerk hingewiesen worden ist. Hierdurch glaubt man den Weg der Eigenproduktion mit einem guten Ansatz betreten zu haben. Mehrere Verbandstage verhandelten mehr oder weniger eingehend über die kunsthandwerklichen Aufgaben des Malergewerbes, über einen einheitlichen Lehrplan für Lehrlinge, über die Beschaffung von Winterarbeit, über die Förderung der Farbe im Stadtbild usw.

Natürlich hat aber besonders auch überall die Lohn- und Tarifrage eine größere Rolle gespielt. So wies der Vorsitzende des Reichsbundes, Herr Kruse, auf dem Verbandstage des Gau Norddeutschland die Angriffe aus den Kreisen der Arbeitgeber des Malergewerbes, aus der Industrie und des Baugewerbes gegen die bisher befolgte Lohnpolitik zurück und verteidigte diese als in allen Teilen den Verhältnissen und Bedürfnissen des Gewerbes entsprechend. Herr Zrl, der mehreren Verbandstagen beigewohnt hat, scheint dort der Auffassung gewesen zu sein, daß ein großer Teil der Gehilfen die heutigen Löhne nicht verdiene, daß die „Gleichmacherei“ aufhören müsse und die Ferien nicht in die Saisonzeit fallen dürften. Er hat ferner auf einen Artikel in der Zeitschrift „Das baltische Handwerk“ verwiesen, wonach eine Ueberflutung des Handwerks durch den Nachwuchs zu befürchten sei; im Malergewerbe treffe das nicht zu. Daß daran die unbeständigen und darum zu niedrigen Einkommensverhältnisse der Gehilfen des Malergewerbes, die geringen Lehrlingsentschädigungen, die vielfach vierjährige Lehrzeit und andere sehr wohl zu behebende Schäden eine große Schuld haben, scheint Herr Zrl nicht zuzugeben. Auf dem Bayerischen Verbandstage wurde unter anderem von Herrn Lohmann zum Ausdruck gebracht, daß die Arbeitszeit neu geregelt werden müsse. Bei den Löhnen müsse ein Unterschied zwischen ausgelernten und älteren Gehilfen gemacht werden. Gegen die vom 1. März an wirksam gemessenen Löhne scheint vielfach eine starke Opposition bestanden zu haben, weil diese über die Bauarbeiterlöhne hinausgingen. Das ist nun einmal für die Mehrzahl unserer Unternehmer, denen höhere und soziale Gesichtspunkte fremd sind, ein undenkbarer Fall. Aber schließlich hat dort, wo die entsprechende Aufklärung erfolgt ist, die bessere Einsicht doch gesiegt, und man beruhigte sich durch den Entschluß, den bestehenden Reichstarifvertrag demnächst zu kündigen und dann mit all dem aufzuwarten, was von den verschiedenen Seiten schon immer zu dessen „zeitgemäßer“ Reformierung gefordert worden war. Dazu gehört die Verlängerung der Sommerarbeitszeit beziehungsweise die Abschaffung der Ueberstundenzuschläge für bestimmte Stunden, ferner Staffellöhne, durch die die Gehilfen erst nach drei- oder vierjähriger Lehrzeit und dann folgender weiterer dreijähriger Gehilfenzeit, also nach 6 oder 7 Jahren Berufs-tätigkeit, den jetzigen Tariflohn erhalten und die älteren, verheirateten Leute außer in den wenigen Sommermonaten von genügend billiger arbeitenden Gehilfen ersetzt werden können. Außerdem wurde gefordert, die Ausschaltung aller der Gehilfen oder Meister bei der Besetzung freier Stellen, die nicht den Sommer über bei einem Unternehmer gearbeitet haben; die Abschaffung der Ferien, die Hinterlegung einer Kaution, jedoch nur von der Gehilfenorganisation usw. usw. Allerdings haben sich an mehreren Stellen Unternehmer auch gegen diese Pläne gewandt, besonders gegen die Abschaffung der Ferien, die Verlängerung der Arbeitszeit und die Verschlechterung der Einkommen der Gehilfen durch noch weitergehende Staffellöhne als schon bisher. Trotzdem haben die meisten der gestellten Anträge in den Forderungen des Reichsbundes zu den nunmehr bevorstehenden Tarifverhandlungen ihre Auserkennung gefunden.

Ferner wurden auf mehreren Tagungen Anträge angenommen, die unter anderem gemeinsam mit den deutschen Farbenfabrikanten eine Vereinfachung und Vereinheitlichung der Körperfarbenkala und Schaffung einer Normung für alle Maler- und Lackierfarben, des weiteren durch Zusammenarbeit mit dem Bund deutscher Architekten eine Aufstellung von Richtlinien der erteilten zu vereinbarenden Verdingungsunterlagen zum Ziele haben sollen. Die Hauptausschusstagung des Reichsbundes nahm außerdem einen Antrag an, nach dem beim Deutschen Handwerks- und Gewerbeamtstag für die Wiedereinführung der vierjährigen Lehrzeit gewirkt werden soll. Natürlich sind im übrigen auch organisatorische Fragen behandelt worden, bei denen es sich um die Festsetzung der Beitragsleistung, um das Verhältnis zu den einzelnen Bezirksorganen und andere mehr handelte.

Im Zusammenhang mit den meisten dieser Verbandstage wurden Ausstellungen von Arbeiten der Fach- und Kunstgewerbeschulen der Bezirke, teils auch Materialausstellungen und größere Ausstellungen der selbständigen Malereibetriebe veranstaltet. Unter diesen hatte die

größte Bedeutung die Ausstellung „Farbe und Raum“ in Berlin, mit der auch die Hauptausstellung des Reichsbundes in Verbindung gebracht worden war. Ueber diese Ausstellung ist in unserm „Maler“ in Nr. 35 und in unserm Nachbatter der Maler in Nr. 7 bereits berichtet worden. Diese Ausstellung hat sich zu ihrer Verwirklichung (Ende September) eines starken Besuches erfreut.

Der Bund deutscher Dekorationsmaler hielt seine Jahresversammlung vom 6. bis 8. Juni in Dresden ab. Hier sprach Professor Dautenberg über das Thema „Die Farbe als Material und Erscheinung in der dekorativen Malerei“, ferner Stadtbaurat Ritter über „Farbige Architektur im Städtebild“. In diesem Vortrag wurde vor allem ein enges Zusammenarbeiten zwischen Architekten und Maler als Grundbedingung für das gute Gelingen der farbigen Ausgestaltung des Städtebildes gefordert. Die Hauptmitgliederversammlung des Bundes trat am 8. Juni zusammen, um eine Reihe von Beschlüssen zu fassen. Eine sehr lebhaft ausgeführte Aussprache erzielte hier auch über die Stellungnahme zu der gegenwärtigen Reichsverbandverordnung. Die Versammlung gab ihre Auffassung durch eine Resolution kund, die sich ganz entschieden gegen jede staatliche Zwangsorganisation im Handwerk ausspricht; im Gegensatz zu der Auffassung des Reichsbundes der Malermeister und der sonstigen Handwerkerorganisationen.

Der Bund der Dekorationsmaler hatte in Verbindung mit dieser Tagung auf dem Gelände der Jahreschau „Wohnung und Siedlung“ in Dresden in einem besonderen Hause eine größere Ausstellung untergebracht, die während der ganzen Dauer der Jahreschau der Öffentlichkeit zugänglich war. Diese Ausstellung bot vorzügliche Arbeiten dekorativer Malerei aller Gebiete; auch sie erregte sich dauernd des größten Interesses aller Besucher.

Nach dieser Tagung ist der Präsident des Bundes, Herr Paul Jessen, Adl., bei einem Automobilrennen tödlich verunglückt. Herr Jessen war nicht nur ein eifriger Organisator, sondern auch ein hervorragender Fachmann, so daß sein plötzlicher Tod eine empfindliche Lücke hinterlassen hat. Daraus ist bis zum nächsten Bundesstag Herr Carl Demmling, Düsseldorf, zum Nachfolger bestimmt worden.

Die internationalen genossenschaftlichen Handelsbeziehungen.

Dieses Thema behandelte unter anderem kürzlich Professor Dr. v. Demmeling in seiner Vortragsvorlesung an der Handelshochschule in Berlin. v. Demmeling ist kein Verehrer, sondern eine anerkannte Autorität in der internationalen Genossenschaftsbewegung, für die er bereits 1910 an der Petersburger Handelshochschule und 1916 an der Moskauer in Vorträgen über die Genossenschaftsbewegung in der Sowjetunion wegen seiner politischen Einstellung außer Landes trieb.

Es ist ohne Zweifel als ein besonderes Charakteristikum der Genossenschaftsbewegung anzusehen, daß sie frühzeitig internationale Kontakte annahm und ihre Methoden, Grundzüge und Ziele in allen Ländern der Welt gleich sind. Sie stellt eine Parallele zur kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung dar, deren Gegensatz sie verkörpert, indem sie wirtschaftlich, sozial, antikapitalistisch ist.

Dies kann nicht hoch genug eingeschätzt werden angesichts der Tatsache, daß man gegenwärtig in der ganzen Welt rund 40 Millionen Familien, die mit ihren Angehörigen rund 1 1/2 Milliarden Menschen repräsentieren.

Auf Deutschland entfallen davon 52 000 Genossenschaften mit etwa 6 1/2 Millionen Familien, wovon wiederum etwa 200 Konsumgenossenschaften 4 1/2 Millionen Familien als Mitglieder zählen.

Diese organisatorisch erfahrenen Familieneinheiten bolschewistisch auszuwerten, ist Sinn und Zweck vor allem der Konsumgenossenschaften. Es geschieht innerhalb der einzelnen Länder durch den Wareneinkauf der einzelnen Genossenschaften im großen und die Verteilung im kleinen an die Mitglieder. Und in jedem Land hat sich die Mehrzahl der Konsumgenossenschaften zu Großeinkaufsgesellschaften zusammengeschlossen, die Warenzentralen zur unmittelbaren Belieferung der Konsumvereine unterhalten, eigene Produktivbetriebe errichten, Banken usw., um so allmählich den genossenschaftlich organisierten Verbraucher unabhängig vom Bank-, Handels- und Industriekapital zu machen.

Diese Großeinkaufsgesellschaften der Konsumvereine erschöpfen aber ihre Bedeutung nicht durch ihre Tätigkeit in den einzelnen Ländern der Welt, sondern sie bilden eine internationale geschäftliche Verbundenheit, die keine Interessengegenstände stört, noch stören kann, wie in der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung. Solche Interessengegenstände in der genossenschaftlichen Wirtschaftsentwicklung gibt es nicht, weil Kapitalprofit und Geschäftsgewinn „an Dritten“, das heißt an der Kundenschaft, ausgeschaltet sind und die Großeinkaufsgesellschaften wie die Konsumgenossenschaften, auf deren Existenz sie beruhen, das gleiche Ziel verfolgen: genossenschaftliche Gemeinwirtschaft.

Wie weit diese geschäftliche Verbundenheit schon gebrochen ist, zeigt eine amerikanische Statistik, nach der die internationalen Handelsoperationen der europäischen Großeinkaufsgesellschaften im Jahre 1923 einen Umsatz von über 140 Millionen Dollar, gleich circa 600 Millionen Mark, erzielten. Von besonderem Interesse ist hierbei der Geschäftsverkehr mit den russischen genossenschaftlichen Organisationen: 1. dem Zentrosojus, das heißt dem Verband russischer Konsumvereine und 2. dem „Selsojsojus“, das heißt dem Verband russischer landwirtschaftlicher Genossenschaften. Es ist dabei zu beachten, daß den gesamten russischen Außenhandel nur eine staatliche Handelsorganisation und außer ihr der „Zentrosojus“ in Händen hat. So bezog beispielsweise die Großeinkaufsgesellschaft englischer Konsumvereine im Jahre 1923 durch die neubegründete Russisch-Britische Exportkompanie 100 000 Tonnen russischen Weizen und die Handelsagentur des „Zentrosojus“ in London hat im Jahre 1923 für rund 40 Millionen Mark Waren in England eingeführt, wovon auf Pelzwerk und Flach 62 %, Milchprodukte 21,7 % und Eier 6,6 % des Wertes der Einfuhr entfielen.

Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine steht ebenfalls im Geschäftsverkehr mit dem „Zentrosojus“, bei dem sozusagen Ware gegen Ware eingetauscht wird. Handelt es sich hierbei im Verhältnis zur gesamten Volkswirtschaft beider Länder auch noch um vergleichsweise kleine Mengen und Beträge, so ist doch nicht zu verkennen, daß bei einer dauernden Stabilisierung des Sowjetregimes, seiner wirtschaftlichen Konsolidierung und allmählichen Einstellung auf politisch-demokratische Linien, ganz ungeahnte Entwicklungsmöglichkeiten vorhanden sind, die den Genossenschaftsorganisationen beider Völker und Länder großen Nutzen bringen können.

Was nun den Anteil der Großeinkaufsgesellschaften der Konsumvereine an der Wareneinfuhr ihrer Länder anbelangt, so liegen hierüber beachtenswerte Zahlen nur von England vor. So ist beispielsweise durch die englische Großeinkaufsgesellschaft je ein Siebtel des eingeführten Zuckers und Tees gegangen. Interessant ist auch, daß in England durch das den Deutschen nachgeahmte Kartensystem für die Verteilung von Zucker und Butter festgestellt werden konnte, daß die Konsumgenossenschaften 26 % des ganzen englischen Zuckerbedarfs und 23 % des Butterbedarfs deckten — Resultate, die zeigen, daß es im wesentlichen nur an den Verbrauchern selbst liegt, den Großteil ihrer täglichen Warenbedürfnisse von den Konsumgenossenschaften zu beziehen und dadurch selbständig und aktiv an einer wirksameren Preis-

senkungsaktion mitzuwirken, als sie jemals die Markung zustande bringen kann.

Im übrigen hat die Entwicklung der Großeinkaufsgesellschaften der verschiedenen Länder allmählich zu Pläne der Errichtung einer internationalen Einkaufs-Gesellschaft geführt, für die ein eigenes Bankunternehmen vorgesehen ist. Und in wenigen Jahren werden die 25 000 Konsumgenossenschaften der ganzen Welt durch ihre Großeinkaufsgesellschaften in der Weltwirtschaft bei der Preisbildung für den täglichen Verbrauch an Lebensbedürfnissen den gleichen Einfluß ausüben wie eine gut geleitete Konsumgenossenschaft an ihrem Platze.

Dabei ist noch zu beachten, daß auch die landwirtschaftliche Genossenschaftsbewegung sich international zu organisieren beginnt — Anzeichen, die für die weitere Entwicklung des Genossenschaftswesens überhaupt und ihre gegenseitigen Beziehungen von höchstem Interesse sind. Dem direkten Geschäftsbeziehungen zwischen genossenschaftlichen Verbraucher- und Erzeugerorganisationen bilden mit ein Voraussetzungen für die Herbeiführung eines volkswirtschaftlichen Zustandes, bei dem neben der Landwirtschaft die Verbrauchergruppen den bestimmenden Einfluß auf Warenteuerung und Warenpreise besitzen.

Und da dies vom Boden der nationalen Volkswirtschaft aus allein nicht erreicht werden kann, bilden die internationalen geschäftlichen Verbundenheiten von Großeinkaufsgesellschaften der Konsumvereine einen außerordentlich wichtigen Bestandteil für die weitere Entwicklung der Genossenschaftsbewegung aller Länder der Welt.

Die Lehrlingsentschädigung.

In einer Anzahl von Artikeln berichtet der „Stimmen des Reichsbundes“ für das deutsche Malergewerbe, Bau und Handwerk, Herr G. Frinke, Hamburg, als Bearbeiter von den Arbeitgeberern veranstalteten Erhebung über das Lehrlingswesen in unserm Gewerbe in der „Allgemeinen Bauzeitung“ über die erzielten Ergebnisse. In der Nr. 8 vom 16. Oktober 1925 beschäftigt er sich besonders mit den in einzelnen Landesverbänden gezahlten Erziehungsbeiträgen, wird zugegeben, daß die meisten Eltern der Lehrlinge in der Lage sind, ihre Söhne während der drei- oder vierjährigen Lehrzeit aus eigenen Mitteln zu unterhalten, fast alle Lehrlinge aus unbemittelten Kreisen stammen, Arbeiterkinder sind. Mit Recht wird auf die Gefahren aufmerksam gemacht, die für das Gewerbe entstehen, wenn Entschädigungssätze allzu niedrig sind. Dann werden andere Berufe durch die Jugendlichen bevorzugt oder tauchen in dem Heer der Ungelernten und Hilfskräfte unter, da sie durch die im Hause herrschende Not zum Verdienen gezwungen sind, so gern ihnen die Eltern das Erlernen eines Berufes ermöglichen würden.

Trotzdem glaubt man auch bei dieser Gelegenheit betonen zu müssen, daß die Festsetzung der Höhe der Erziehungsbeiträge nur zwischen dem gesetzlichen Vertreter der Lehrlinge und dem Meister zu geschähen hat. Ein Mangel der Gehilfen oder deren Organisation an der Regelung der Frage wird entschieden abgelehnt. Die immer wieder den Meistern vertretene Ansicht, das Lehrverhältnis ist reines Erziehungsverhältnis, wird auch in diesem Artikel betont. Wir können die angeführten Argumente jetzt so wie bisher als stichhaltig anerkennen. Die Dinge auf Kopf stellen bedeutet es aber, wenn es in dem Artikel hingestellt wird, als wenn dem Meister durch die Lehrlingsausbildung nur Unannehmlichkeiten und große Opfer wachsen. Das stimmt auf keinen Fall. Wir kennen zuwenige Meister, die selten oder nie einen Gehilfen betätigen, aber doch besonders in den Klein- und Mittelbetrieben zu den Honoratioren der Stadt gehören, weil ihnen ihre vielleicht auch drei und mehr Lehrlinge das dazu Notwendige einbringen. Es soll uns niemand erzählen wollen, daß das nur können auf Grund ihrer eigenen Tüchtigkeit;

Malergewerbe in Nürnberg um 1700.

Maler und Tüncher, heute mit zwei verschiedenen Namen den gleichen Begriff umschließend, waren um 1700 noch zwei streng abgegrenzte, behördlich überwachte Gruppen von Handwerkern, deren „Grenztrennbarkeit“ oft genug durch eindringliche Ermahnungen und Strafandrohungen des „Ratmannes“ waren. Aber nicht nur Ratmann hatte das Bewusstsein die Gegensätze auszugleichen, auch die Parteien selbst beeinflusste es besonders dann, wenn der Rat ganze Mäßigkeit nicht nahm. So meldet uns der Rat des Reichsbundes Nürnberg vom 22. August 1695, daß die Ratmannen Bürger ihre Häuser „bräutig malen“ wollten und damit das Wohlwollen ihrer Mitbürger und der Ratmannen erregt haben sollen. Deswegen ergeht an die Ratmannen und Bürger der Stadt die Mahnung, ihre Kundenschaft der Maler zu sehen durch Bemalung der Häuser zu vermeiden und sich auf das Einfassen der Fensterhöfen zu beschränken. Diese Mahnung scheint aber wenig Beachtung gefunden zu haben, denn schon am 20. April 1703 wird erwähnt, daß der Rat vom 22. August 1695 hinwegsehen. Deswegen ist es aber neben der Arbeit selbst der Streit um das Recht auf die Ausübung, der das Amt auf den Plan rief. Die Tüncher nämlich, die nur berechtigt waren, zu bestimmten Stellen große Flächen zu tünchen, im Jahre 1700 wurde das Recht als „Spezialisten auf große Flächen“ abgenommen und durch große Mängel der Maler beim Tünchen über diesen Eingriff in ihre Freiheit. Das Amt wurde entzogen denn auch ganz im Sinne der Maler, die die Tüncher die Häuser mit „Hausmalen“ zu bemalen, Engelstöcke, Carven und andere Malereien zu übernehmen, die Fenster mit anderen Malereien zu versehen und Tünchen denen Malern allein vorbehalten. Die Tüncher aber wurden gleichmäßig aufgefordert, sich bei jeder Anforderung die Bürgererschaft zu zeigen, was die Maler sehr wohl wußten, weil die Tüncher, die das Amt nicht wollten, nicht mehr in die Häuser der Bürger mit „Hausmalen“ zu kommen, sondern nur nachgehende, mehr und mehr von den Malern zugewandenen Arbeiter für sich zu gewinnen, was im Interesse des Nürnberger

Ratmannes vom 17. Juni 1722, der sich wiederum mit dem Streit zwischen Malern und Tünchern befaßt und, nachdem beiden Seiten ihrer unparlamentarischen Drohungen wegen der Kopf gewaschen ist, den Tünchern das Zugeständnis macht, einfache glatte Säulen und Pilaster mit Erdfarben streichen zu dürfen, aber auch nur dann, wenn auf diesen Stellen eine weitere Bemalung vom Maler nicht erfolgt. Und hierbei erfolgt der Hinweis darauf, daß die Maler bei Innenarbeiten doch so oft den Tünchern um ihren Verdienst schmälern, also auch bei den Säulen und Pilastern nicht solch Geschrei machen sollen. Der Tüncher wolle auch leben, deshalb soll man das nicht so genau nehmen. Der Rat war mit dieser Mahnung klüger als die beiden Zünfte der Maler und Tüncher, die in kleinlichem „Berufsegoismus“ die Entwicklung, die zur schließlichen Verschmelzung beider Berufe führen mußte, durch Bestimmungen hemmen wollten.

Die Tüncher in Nürnberg bildeten neben den Malern ein geschlossenes Handwerk und hatten seit 1596 eine Ordnung. Wie bei jedem andern Handwerk, wurde auch vom Tüncher ein Meisterstück verlangt, das im Verputzen mit Mörtel und in plattem Anstrich bestand, sowie im Anstreichen einer größeren Fläche in Felder, die dann in weiß und grau oder schwarz gestrichen werden mußten. Auf genaue Einteilung mit Zirkel und Waage wurde großes Gewicht gelegt. Die Tüncher waren somit durchaus Handwerker, die genau wie die Maler in ihrer Zunft strenge Ordnung hielten und jedem Unberufenen den Eintritt verwehrten. Andererseits wahren Tüncher und Maler eifrig darüber, daß keiner, der das Handwerk übte, sich den einschneidenden Bestimmungen der Zünfte entzog. So führte die Zunft der Maler einen hartnäckigen Kampf gegen 2 nach Nürnberg zugezogene Maler, die sich weigerten, der Zunft beizutreten. Schließlich machte der Rat dem Streit dadurch ein Ende, daß er am 26. August 1700 verfügte, daß die beiden Maler beim Eintritt in die Zunft von allen unangenehmen Verpflichtungen, wie Lehrentragen usw., entbunden sein sollen, als Ausgleich dafür aber 3 Gulden in die Zunftlade zu zahlen haben. Weiter wurde von ihnen ein besonderes Kunst- und Probestück verlangt und für ihre Lehrlinge besonders jährliche Bedingungen gestellt, die von der Zunft wiederum das Drei- bis Vierfache des sonst Notwendigen forderten. Ganz allgemein wurde von jedem

Lehrling verlangt, daß er in der Zeichenkunst so erfaßt sein muß, daß er nach dem Urteil Sachverständiger zur Akademie zugelassen werden kann. Damals war Malerhandwerk noch ausgesprochenes Kunsthandwerk, unausgesetzter Kampf ums Dasein hat aber zum Überleben der einst gezogenen Berufsgrenzen geführt, Maler und Tüncher sind allmählich eins geworden.

Schule und Arbeit.

Ein Jubiläum der Schülerwerkstätten.

Es sind jetzt 25 Jahre her, daß der bekannte Münchener Universitätsprofessor Dr. Georg Kerschensteiner, der Schularzt in München, den bereits vorhandenen freiwilligen gewerblichen Unterricht in der achten Klasse in München durch die Einrichtung von Schülerwerkstätten gebaut hat.

Ein Vierteljahrhundert haben sich diese Werkstätten jetzt bewährt, und doch sind sie noch eine vereinzelte Erscheinung in Deutschland. Die Schülerwerkstätten beweisen, daß es kein besseres Mittel zur Erziehung der Arbeit gibt. Gewiß haben die Werkstätten auch einen praktischen Wert. Besonders sind sie von großer Bedeutung für die Berufswahl, weil sie Gelegenheit zur Erfahrung der Reigung und des Talentes geben. Doch ist der eigentliche Zweck dieser Schülerwerkstätten ein erzieherischer. Arbeitsunterricht soll helfen, den Menschen zum sittlichen Charakter zu erziehen. Er soll zur Ordnung, Verantwortung, Verantwortlichkeit, Solidarität bilden und durch die Arbeit und aus der Arbeit heraus den Gemüthen weihen und pflegen.

Gerade von unserm Standpunkte aus, der gegen Verwertung der Arbeit als Lohnklaverei gerichtet ist, dürfen wir dieses Jubiläum Kerschensteiners als das Jubiläum einer sozialen Tat. Schulen mit der Arbeit als zentralen Mittelpunkt erziehen zu der Erkenntnis, die Arbeit auch im Leben nicht nur der wirtschaftlichen, sondern auch der sittlichen Mittelpunkt zu sein hat, ein Geschlecht, das den hohen sozialen Gedanken der Arbeit in solchen Schulen selber erlebt hat, weiß auch im täglichen Leben die Stelle einzunehmen, von der aus es Leben im Sinne einer sozialen Ethik der Arbeit gestalten kann.

mit sieht es manchmal schlecht genug aus. Es gibt Meister, die zugeben, daß der Lehrling bei gewissen Arbeiten oft schon im zweiten Jahre das gleiche leistet wie ein Gehilfe.

Es ist dann die Höhe der Erziehungsbeihilfen in den einzelnen Gewerkschaften aufgeführt. Sie sind sehr verschieden und betreffen nur die von unserer Organisation oft gemachten Feststellungen. Der niedrigste Satz für das erste Lehrjahr wird aus 5 Gewerkschaften mit 1 M für die Woche angegeben, der mittlere Satz ist etwa 3 bis 4 M für die Woche, der höchste in einem Falle 9 M. Da in keinem Falle die Zahl der Lehrlinge angegeben ist, die eine bestimmte Höhe der Beihilfe beziehen, sind aus diesen Angaben keine Schlüsse zu ziehen. Als niedrigster Satz im dritten Lehrjahr 3 M, als höchster 15 M angegeben. Dieser letztere Satz nur aus einem Gewerkschaftenverband. Die nächsthöchsten Sätze 12,50 M und 12 M.

Ob das nun schon die angemessensten Kostgeldentschädigungen sind, von denen in dem Artikel die Rede ist, wissen wir nicht. Was uns als „angemessen“ vorwirft, kann sich mit den Anschauungen der Arbeitgeber nicht decken.

721 Lehrlinge oder 20,2 % von insgesamt 3578 Erfakten beim Meister in Kost und Logis; ein sehr hoher Prozentsatz, viel höher, als er in früheren Erhebungen durch uns ermittelt wurde (1922 10,9 %). Eine Erklärung für diese Tatsache findet man vielleicht darin, daß bei unseren Erhebungen der Hauptsache die Lehrlinge der größeren Orte und Städte erfaßt werden, daß aber die Arbeitgeber durch die Bindungen bei ihren Umfragen mehr in die kleineren Orte und das Land kommen.

In dem Artikel wird dann darauf hingewiesen, daß die Arbeitgeberverbände versuchen müssen, die Kostgeldentschädigung der Erziehungsbeihilfen zu vereinheitlichen, weil für die großen Unterschiede keine Gründe vorhanden seien. — Weiter ist es in bezug auf die Höhe der Erziehungsbeihilfe:

Diese Frage ist auch deshalb von so großer Bedeutung, weil gerade die Erziehungsbeihilfen einen der wesentlichsten Angriffspunkte der Gewerkschaften bei ihrer Stellungnahme zum Lehrlingswesen sind. Die Meisterschaft muß durch eine Regelung, die keinerlei Angriffsmöglichkeiten mehr bietet, zeigen, daß sie in der Lage ist, alles Erforderliche selbst, ohne die Hinweise Außenstehender, zu tun.

Das ist sehr schön gesagt, nur befürchten wir, daß die Meister diesen Rat nicht befolgen werden; denn wenn es ein Geldbeutel betrifft, sind sie, wie wir aus Erfahrung wissen, wenig zugänglich. Ja, wir behaupten, wenn die Meister nicht unsere Kritik fürchteten, würden sie in vielen Fällen die jetzt gewährten Sätze noch nicht einmal zur Ausführung bringen. Nachdem sie es immer wieder ablehnen, ist uns gemeinsam über die Höhe der Kostgeldentschädigung zu verhandeln, bleibt uns nur der Weg, den Meistern die kritische Beleuchtung der bestehenden, oft miserablen Verhältnisse das Gewissen so scharf und den Lehrlingen ihre eigene Verwertung vor Augen zu führen.

Zu der in derselben Nummer der „Allgemeinen Malerzeitung“ geäußerten Dauer der Lehrzeit werden wir gezwungen Stellung nehmen. Auch in dieser Frage, das wollen wir schon hier verraten, decken sich unsere Ansichten keineswegs mit denen der Arbeitgeber.

Aus unserm Beruf.

Chemnitz. In einer sehr gut besuchten öffentlichen Versammlung nahm die Chemnitzer Gehilfenschaft am 1. Oktober zu der Kündigung des Reichstarifvertrags durch den Reichsbund der Unternehmer Stellung. Kollege Weisse, Bezirksleiter Kollege Vogt berichteten ausführlich. Das Verhalten der Unternehmer entspringt dem Wunsche, die noch geltende Arbeitswoche in eine vierundfünfzigstündige zu verwandeln. Ferner soll eine größere Klassifizierung der Löhne eintreten, was auf eine Verschlechterung und Abbau hinausläuft. Die sowieso sehr geringen Löhne wollen die Unternehmer ganz beseitigen und andere herabsetzen. Daß die Kollegen nicht gewillt sind, solche Bedingungen kampflos hinzunehmen, ging aus den beiden einstimmig angenommenen Entschlüssen hervor, worin sich die Gehilfenschaft verpflichtet, nichts von dem einmal Erreichten preiszugeben. Die Versammlung zeugte von dem Kampfesgeist, der zu den besten Hoffnungen Anlaß gibt.

Hamburg. Eine Mitgliederversammlung der Reichsarbeitergruppe war einberufen, um Stellung zur Tarifbewegung zu nehmen. Der Tarif war von den Arbeitgebern zum 31. Oktober gekündigt worden. Inzwischen erfolgten Besprechungen der Parteien mit dem Ergebnis, die Verhandlungen über einen neuen Tarif bis zum 2. Dezember zu verlegen, und der Bestimmung, daß bis zum Abschluß dieser Verhandlungen der alte Tarif weiterläuft. Die Forderungen der Hamburger Kollegen für einen neuen Tarif bereits vorliegen, erübrigte sich eine Verhandlung der Angelegenheit, jedoch bleiben die Beschlüsse der Vertrauensmänner unverändert bestehen. So konnte die Versammlung einem gleich wichtigen Zwecke, der gewerkschaftlichen Aufklärung, dienen. Hierzu sprach Genosse Breitenstein vom Ortsausschuß über „Die Einflußnahme der Gewerkschaften auf Wirtschaft und Politik“. Die Quintessenz seiner scharf umrissenen Ausführungen war die Feststellung, daß die Hoffnungen der Arbeiterschaft auf die Auswirkungen der politischen Umwälzungen des Herbstes 1918 unerfüllt bleiben mußten, einmal, weil das deutsche Volk das Mittel der politischen Demokratie nicht zu gebrauchen verstand, zum andern fehlten die wirtschaftlichen Bedingungen. Deutschland, durch den Krieg wirtschaftlich vollkommen aufgebraucht, bar aller Rohstoffe, konnte sich nur erheben unter wirtschaftlicher Anlehnung an die durch das Privatkapitalistisch eingestellten Siegerstaaten. Somit läßt auch die Verheißung des § 165 der Reichsverfassung eine Theorie. Seinen Inhalt Wirklichkeit werden zu lassen, ist die nächste Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung. Hierzu gilt es vor allem, die wirtschaftlichen Erfahrungen und Kenntnisse der inneren Vorgänge der Wirtschaft zu sammeln, um nicht nur gleichberechtigt, sondern auch erfolgreich in den Wirtschaftsverhandlungen mitwirken zu können, deren paritätische Zusammensetzung gefordert werden muß. Weiter ist nötig, durch bestimmte Ein-

wirken auf die uns nahestehenden politischen Parteien die gesetzlichen Möglichkeiten zu schaffen. — In der Diskussion sprachen nur Kollegen oppositioneller Richtung, die prophezeien, daß die wirtschaftliche Demokratie ebenso Schiffbruch leiden werde, wie die politische, oder aber, die Arbeitgebervertreter in den Wirtschaftskörperschaften verlieren die Fühlung mit der Masse. Zertrümmerung der kapitalistischen Institutionen und Errichtung der proletarischen Diktatur allein führe zum Ziel. Der Referent konnte auf Anstand verweisen, wo man allerdings glaube, den Kapitalismus zertrümmeren zu haben, und auch Besitz von den Produktionsmitteln ergriffen habe. Doch es zeigte sich, daß es ein Trugschluß sei, wenn man angenommen halte, nun die Wirtschaft führen zu können. Jetzt bemüht sich die Sowjetregierung, mit ausländischen Kapitalisten Verträge abzuschließen, um die Wirtschaft in Gang zu setzen. Auf den Zwischenruf: „Das sind nur Konzessionen“, konnte der Vortragende antworten, daß auch wir daselbe wollen, und auch nur, um Schritt für Schritt weiterzukommen zu unserm Ziel, zum Sozialismus.

Mürnberg. Besuch und Verlauf einer am 23. Oktober stattgefundenen Quartalsversammlung haben gezeigt, daß als Erfolg des gestiegenen Interesses in unserm Kollegenkreise die Aufwärtsentwicklung der Filiale gute Fortschritte gemacht hat. Mit 1404 Mitgliedern ist der Stand von vor

An die Nichtorganisierten!

Woher kommt es denn aber, daß Ihr, die Ihr unsere Ideen teilt, unsere Ansichten und Bestrebungen mit Eurer Sympathie begleitet, daß Ihr noch nicht eingetragene Mitglieder seid? O, ich kenne den altbekannten Grund dieser Erscheinung wohl! Man klatscht Beifall, sympathisiert; aber man läßt gewähren und behält sich vor, an den Früchten der Bewegung teilzunehmen, die andere mit ihren Kräften erarbeitet haben werden! Ich frage aber Euch: Ist das ein männliches, ist das ein eines Arbeiters würdiges Verhalten? Welches ist der Unterschied zwischen einem Arbeiter und einem Schmarotzer, wenn nicht der, daß letzterer von fremder Arbeit leben und da ernten will, wo er nicht gesät hat? ... Euch also, die Ihr nicht von fremder Arbeit leben wollt und da ernten, wo Ihr nicht gesät, Euch, die Ihr mich mit Eurem Beifall und Aklamation begleitet, Euch ermahne ich zur Scham!

Ferdinand Bassalle

dem Kriege nicht unwesentlich überschritten und bei jäher Fortsetzung der Werbearbeit wird es in absehbarer Zeit gelingen, die wenigen sich noch verdeckt in einzelnen Werkstätten aufhaltenden Inorganisierten dem Verbandszuge zu führen. Der Kassenbericht weist eine gesunde Entwicklung seit der Inflationszeit nach. Einnahme und Ausgabe belanzieren bei einem Kasseebestand von 3304 M mit 29 124,69 M, der Hauptkasse wurden 11 570 M überwiesen. Mehr noch als das unter der Parole des „allgemeinen Preisabbaues“ erfolgte Ergebnis der letzten zentralen Lohnverhandlungen führt das Verhalten des Unternehmerturns unsern Kollegen die Notwendigkeit einmütiger Geschlossenheit vor Augen. In der Industrie sind ernste Kämpfe in den Dampf- und Radwerken, in der Autofabrik Faun-Werke und in der Reifenfabrikbranche wegen versuchter Akkordreduzierungen notwendig geworden. Die Möbelfabrik Otto in Burgarnbach mußte durch einen mehrtägigen Streik zur Zurücknahme einer zwanzigprozentigen Lohnkürzung gezwungen werden. Auch im Malergewerbe verjachten einige Unternehmer, den „Preisabbau“ durch Verweigerung der Ueberstundenzuschläge praktisch zu erproben. Die Kündigung des Reichstarifvertrages ist doch gleichfalls nur in der — allerdings völlig ausichtslosen — Erwartung erfolgt, die geltende Lohn- und Arbeitsbedingungen unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse verschlechtern zu können. Bei einer Besprechung über ein gemeinsames Vorgehen zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit während der bevorstehenden Wintermonate beantragten die Arbeitgeber die Herabsetzung der wöchentlichen Winterarbeitszeit von 43 auf 39 Stunden, um, wie sie sagten, durch die Wintermonate eine größere Zahl von Gehilfen beschäftigen zu können. Eine Vertreterversammlung beschloß, an der durch tarifliche Vereinbarung festgelegten dreißigstündigen Arbeitszeit, bei zweimäßiger Ausnutzung der Lichtverhältnisse, festzuhalten. Obwohl in der Ortsratsversammlung eine Einigung nicht zustande kam, wiesen die Unternehmer in einem Anschreiben darauf hin, daß sie die Arbeitszeit ab 24. Oktober auf 42 Stunden festsetzen. Ohne ein weiteres Verhandlungsergebnis abzuwarten, verjachten die Forderung durch einheitliches Vorgehen der Betriebe, ihren Willen unter Bruch des noch bestehenden Tarifes durchzuführen. Die Versammlung beschloß einstimmig, gegen das einseitige und rechtswidrige Vorgehen scharfsten Protest einzulegen. Die diktatorischen Maßnahmen sind nicht geeignet, den einmütigen Willen unserer Kollegen zu durchbrechen und die Antwort wird zu gegebener Zeit erfolgen.

Baugewerbliches.

Konzernbildung im Baugewerbe. Ein Beispiel des Unischgeirens großkapitalistischer Kapitalzusammenfassungen gibt der „Grundstein“, das Organ des Deutschen Baugewerksbundes, in seiner Nr. 44. Neben den Zehntausenden bestehenden, meist Kleinhandwerklichen Paubetrieben, entwickeln sich immer mehr einige gewaltige Gebilde für Ausföhrung baugewerblicher Unternehmungen großen und größten Stils, die ihr Tätigkeitsfeld außer auf europäische Länder auf den ganzen Erdball auszudehnen gewillt sind. Uns Gründern die in dem Bestreben ihre Ursache haben, öffentliche Bauarbeiten nur an ort- oder landesansässige Unternehmer zu vergeben, wird im Gegensatz zu anderen industriellen Riesenunternehmungen die Konzernbildung möglichst zu verhindern versucht, und der Betriebsumfang

durch eine Art Schachtelstern kleiner dargestellt, als er in Wirklichkeit ist. Damit werden zugleich die Gefahren des Vermögensverlustes in Konkursfällen verringert und durch Bildung kleinerer Gesellschaften „steuerrechtliche Vorteile“ wahrgenommen, wie man die allgemeine kapitalistische Steuerreform so schön zu umschreiben versteht. Unter diesen Gesichtspunkten sind entstanden: I. das Berger-Konzern, in dem folgende Großfirmen zusammengeschlossen sind: 1. Julius Berger, Tiefbau-Aktiengesellschaft in Berlin, Kapital 8,5 Millionen Mark; 2. Kell & Löser, Aktiengesellschaft für Hoch- und Tiefbau in Leipzig, Kapital 600 000 M; 3. Eisenbeton-Gesellschaft m. b. H. Kierfah & Knapp, Kell & Löser A.-G. in Augsburg; 4. Briske & Pohl, Berlin. Dieses Konzern beschäftigt zur Zeit rund 200 Angestellte und 5800 Arbeiter. — II. Das Büblin-Konzern, das 1. die G. Büblin & Cie., Aktiengesellschaft in Stuttgart mit einem Kapital von 850 000 M und 2. die Thormann & Stiefel, Aktiengesellschaft in Augsburg mit einem Kapital von 458 000 M umfaßt. III. Der Stumm-Konzern, dem 1. die Bayerische Bauindustrie, Aktiengesellschaft in München, Kapital 370 000 M; 2. die Oberheinische Bauindustrie, Aktiengesellschaft in Freiburg i. Br., Kapital 370 000 M; 3. die Rheinisch-Westfälische Bauindustrie, Aktiengesellschaft in Düsseldorf, Kapital 740 000 M; 4. die Saar-Bauindustrie in Saarlouis und 5. die Bauindustrie, Aktiengesellschaft in Danzig unterstehen und im ganzen von der bekannten Gesellschaft Stumm in Neunkirchen (Saar) abhängig sind. — Allgemein bekannt ist, daß die Großfirma Wais & Freitag, die Zweigniederlassungen fast in allen deutschen und ausländischen Großstädten hat, Tiefbauarbeiten in jedem Ausmaß übernimmt. Da sich diesen Konzernen zum Teil Unterabteilungen der einzelnen Baunehementer angegliedert, ist es unsere Aufgabe, der Bildung und ferneren Entwicklung unsere scharfste Aufmerksamkeit zu widmen.

Gewerkschaftliches.

Ein Lohnkampf von gewaltigem Ausmaße tobt gegenwärtig in der süddeutschen chemischen Industrie. Neben Bayern, wo zur Zeit 7200 Arbeiter im Streik stehen oder ausgesperrt sind, haben im Bezirk Frankfurt a. M. etwa 6200 Arbeiter in 6 Betrieben die Arbeit eingestellt, worauf von den Unternehmern als Gegenmaßnahme weitere 28 Betriebe mit 15400 Beschäftigten sofort ausgesperrt und weitere 5590 gekündigt wurden, so daß ab 9. November insgesamt annähernd 35 000 Arbeiter im Kampfe stehen. Nachdem die Öffentlichkeit monatelang systematisch dahin bearbeitet wurde, daß die Löhne an den hohen Preisen für chemische Erzeugnisse schuld seien, glauben die Unternehmer, nun den großen Schlag gegen den Fabrikarbeiterverband führen zu können. Denn daß die Kapitalverhältnisse in der chemischen Industrie die Zahlung eines menschenwürdigen Lohnes nicht zulassen, glaubt kein denkfähiger Mensch. Dagegen steht fest, daß die Abwanderung deutscher wissenschaftlicher Erfahrungen ins Ausland vom deutschen chemischen Großkapital begünstigt und damit der Wettbewerb der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt erheblich geschädigt ist. Aber dieser Kampf ist eine Teilaktion des Angriffes der Unternehmung auf die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft und hat deshalb große Bedeutung weit hinaus über den Kreis der beteiligten Verbände.

Ein zeitgemäße Beitragserhöhung im Deutschen Metallarbeiterverband ist vom Vorstand und Ausschuß auf Grund einer Vollmacht des letzten Verbandstages beschlossen worden. Die Beiträge für die Hauptkassen steigen in der 1. Klasse von 70 % auf 1 M, in der 2. Klasse von 50 auf 75 %, in der 3. Klasse von 30 auf 50 und in der 4. Klasse von 20 auf 30 %. Die Beitragserhöhung war zur zwingenden Notwendigkeit geworden, um die Unterstellungen der Veränderung der Kaufkraft des Geldes anzupassen, die seit dem Verbandstag im Februar 1924 eingetreten ist. Die Streik- und Maßregelungsunterstützung wird durch den Beschluß um 67 %, Erwerbslosen- und Todesfallunterstützung um 43 %, Reise- und Umzugsunterstützung um 50 % erhöht. Die Zahlung der erhöhten Beiträge beginnt ab 1. Januar 1926, die der erhöhten Unterstützung ab 1. April 1926. Unterstützungsempfänger der zwischen beiden Terminen liegenden Zeit erhalten einen der Beitragserhöhung entsprechenden Zuschlag zur Unterstützung. Der erweiterte Beirat des Verbandes hat in seiner Sitzung vom 16. und 17. Oktober den Beschluß der beiden Körperschaften einstimmig gutgeheißen. Er gab ferner seine Zustimmung zur Einberufung von Reichskonferenzen für 1. Autogen- und Elektroschweißer, 2. Chirurgie- und Orthopädiemechaniker, 3. Graveure und Biseleure.

Sozialpolitisches.

Ueber die Tätigkeit der Schlichtungsbehörden im Deutschen Reich im Jahre 1924 veröffentlicht das Reichsarbeitsblatt Nr. 32/33 vom 1. September eine Zusammenstellung, zu der als Unterlagen die Angaben der Schlichtungsausschüsse und monatliche Berichte der ständigen Schlichter usw. gedient haben. Danach haben 119 Schlichtungsausschüsse mit 21 selbständigen Zweigämtern Arbeitsstreitigkeiten geschlichtet. Von den 16480 eingeleiteten Schlichtungsberichten wurden erledigt: Vorüberäumung der Verhandlung 1634, im Vorverfahren 2319, im Verfahren vor der Schlichtungskammer 11 533 und auf andere Weise 994. Von den 11 533 Fällen, in denen eine Verhandlung vor der Schlichtungskammer stattfand, erledigten sich 1211 durch Einigung der Parteien, 9460 durch einen Schiedsspruch und 862 Fälle durch einen sonstigen Beschluß. Der Schiedsspruch wurde in 4492 Fällen von beiden Seiten angenommen und in 4965 Fällen durch einen oder beide Teile abgelehnt. Bei den letzteren wurden nur bei 3559 Fällen Anträge auf Verbindlichkeitsklärung gestellt, und nur in einem Viertel aller Fälle dem Antrage auf Verbindlichkeitsklärung stattgegeben.

Die Zusammenstellung zeigt, daß diese Zahlen relativ sehr gering erscheinen; aber in den meisten Fällen wurde vorher eine Einigung erzielt. So war es beispielsweise in Hamburg möglich, sämtliche eingeleiteten Verfahren im Schlichtungswege mit einer freiwilligen Einigung der Parteien zu beendigen, so daß Verbindlichkeitsverpflichtungen weder ausgesprochen noch abgelehnt zu werden brauchten. Ende Juni 1925 gab es insgesamt 1302 allgemeinverbindliche Tarifverträge, von denen 581 auf die Kategorie der Angestellten entfielen.

Vergleichende Zahlen. Von Unternehmern, und leider auch von Leuten, die zu den eigenen Klassenangehörigen gehören, wird viel von der Begehrlichkeit der Arbeiter, Angestellten und Beamten geredet. Die Lohnbewegungen der letzten Zeit eine Folgeerscheinung der Zoll-, Wucher- und Steuerpolitik der Reichsregierung und der reaktionären Parteien, werden als unerträgliche Belastung der Wirtschaft hingestellt. Die Löhne und Gehälter in jenen Kreisen werden als ausreichend gehalten. Demgegenüber dürften einige Zahlen über die Lebensverhältnisse im September 1914 zum gleichen Monat 1925 einen interessanten Vergleich geben, wie billig man vor dem Kriege lebte, und welche Summen jetzt erforderlich sind, um auch nur einigermaßen sein Leben kräftig zu können. In Leipzig zum Beispiel lauteten

	Sept. 1914	Sept. 1925
Brot	pro Pfund —,13 M.	—,17 M.
Butter	1,52 "	2,40 "
Margarine	—,76 "	—,90 "
Zucker, gemahlen	—,22 "	—,40 "
Kaffee	1,40 "	4,— "
Weizenmehl	—,22 "	—,42 "
Roggenmehl	—,18 "	—,24 "
Malz	—,10 "	—,08 "
Kartoffeln	—,04 "	—,04 "
Müdeln	—,40 "	—,50 "
Grieß	—,22 "	—,30 "
Erbsen, grün	—,22 "	—,28 "
gelb	—,36 "	—,28 "
Bohnen	—,20 "	—,28 "
Bier	Stück —,06 "	—,16 "
Räse	—,06 "	—,10 "
Kernseife	Pfund —,39 "	—,54 "
Zwiebels	—,12 "	—,12 "
Britens ab Lager	Zentner —,60 "	1,20 "
frei Haus	—,70 "	1,40 "
Konfektionsanzug	40,— "	90,— "
Monteuranzug	8,— "	16,— "
Herrenschuh	12,— "	19,— "
Herrnhose, wollene	7,50 "	15,— "
Herrnstrickhemden	—,75 "	1,50 "
Herrnstrickhemden	3,— "	6,— "
Rindfleisch	pro Pfund —,85 "	1,70 "
Schweinefleisch	—,85 "	1,65 "
Schaf	—,80 "	1,65 "
Schwarzfleisch	—,90 "	1,75 "
	82,71 M.	168,30 M.

Die Gesamtsteigerung aller Bedarfsartikel beträgt etwas über 100%. Vergleicht man aber einzelne Posten, so ergeben sich in der Konfektion Durchschnittssteigerungen von ebenfalls 100%, ähnlich verhält es sich mit den Fleischwaren und beim Kaffee beträgt die Steigerung fast 300%, während nur einzelne untergeordnete Artikel im Preise gleich geblieben sind und lediglich das Salz etwas billiger als vor dem Kriege. Demgegenüber sind die Löhne weit zurückgeblieben, die Lebenshaltung der erwerbstätigen Bevölkerung also ver schlechtert und die Lohnforderungen eine zwingende Notwendigkeit zur Erhaltung der Arbeitskraft.

Gewerbe- und soziale Hygiene.

Gewerbehygienischer Vortragskurs in Frankfurt a. M. (23. bis 27. November 1925). Die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene veranstaltet im Rahmen ihrer vierteljährlich in den wichtigsten deutschen Industriestädten stattfindenden Ausbildungskurse für Beamte, Ärzte, Betriebsleiter, Sozialangestellte und alle Personen, die sich wissenschaftlich oder praktisch mit den Fragen der gewerblichen Hygiene und Unfallverhütung befassen. Ende November in Frankfurt a. M. für den süddeutschen Industriebezirk einen gewerbehygienischen Vortragskurs. Es sind unter anderem als Vortragsthemen vorgesehen: allgemein einführende Vorträge über allgemeine Fragen der Gewerbehygiene, der Unfallverhütung, der Arbeitsphysiologie und Arbeitspathologie, Berufsgefahren der Metall- und Lederindustrie und der chemischen Industrie, gewerbliche Vergiftungen, Hygiene und Lüftung. Das Programm der Veranstaltung und nähere Auskunft sind zu erhalten bei der Geschäftsstelle der Gesellschaft, Frankfurt a. M., Viktoria-Allee 9.

Eine Ausstellung für Gesundheitspflege, soziale Fürsorge und Lebensübungen — Ge-So-Lei — wird durch die Stadt Leipzig mit Unterstützung des Deutschen Reiches und des Reichslichen Staates, unter Mitwirkung des Deutschen Hygiene-Museums zu Dresden und unter Beteiligung des Handels, der Industrie und des Sports am 1. bis 30. Oktober 1926 veranstaltet. Der Zweck dieser Ausstellung ist in erster Linie verknüpft mit der Notwendigkeit der Erhaltung und geistigen Befreiung unseres Volkes. Die Ausstellung will hier helfen eingreifen und in 20 Räumen, die dem Volk durch den Krieg und seine Folgen geschädigt sind, helfen. Um dieses Ziel zu erreichen, sind die geeigneten Mittel die Pflege der Lebensübungen, die soziale Fürsorge und die Lebensbedingungen. Nur die hier ausstellende Industrie wird der Nation so weit wie möglich gespart werden, so daß jeder Gewerbetreibende, der in unmittelbarem oder mittelbarem Zusammenhang mit den drei Faktoren der

Ausstellung steht, vertreten sein wird. Auf diese Weise wird die Ausstellung zu einer alle Gebiete umfassenden Gewerbeausstellung.

Verschiedenes.

Adolf Damaschke, der Führer der deutschen Bodenreform, begeht am 24. November dieses Jahres seinen 60. Geburtstag und tritt damit in einen Höhepunkt seines arbeits- und erfolgreichen Lebens. Kleinbürgerlichen Verhältnissen entstammend, wurde er 1888 Gemeindefachlehrer. Zwei Jahre später wählte ihn der Deutsche Bund für Bodenreform zum Schriftführer. In den damaligen Wahlkämpfen trat er mehrmals als Kandidat der Nationalsozialistischen Partei auf. Später gründete er den Bund Deutscher Bodenreformer, als dessen Leiter er eine Hoffnung all derer im deutschen Volke wurde, die in der Erfüllung des von ihm aufgestellten Programms die Lösung des wichtigsten Teiles der sozialen Frage überhaupt erblickten. Sehr schnell wuchs seine Anhängerzahl. Während des Krieges warf er den Gedanken der Kriegerheimstätten in die Politik. Die Reichsregierung erkannte die Bedeutung seiner Persönlichkeit und betraute ihn mit der Bildung des Ständigen Beirats für Heimstättenwesen beim Reichsarbeitsministerium, dessen Entwurf eines Reichsheimstättengesetzes in wenig veränderter Form Gesetz wurde. Hunderttausende Deutsche wissen schon darum Damaschke Dank. Ehrendoktor der Rechtswissenschaft der Universität Münster, hat Adolf Damaschke heute auch als volkswirtschaftlicher Schriftsteller hohen Rang. Seine Hauptwerke sind: Die Bodenreform, Grundriss des Sozialen und Geschichtlichen zur Erkenntnis und Ueberwindung der sozialen Not; Aufgaben der Gemeindepolitik; Geschichte der Nationalökonomie und Volkswirtschaftliche Redekunst. Von besonderem Reiz sind seine Lebenserinnerungen, deren zweiter Band eben erscheint.

Deutsche Amateurfunkausstellung in Leipzig. Der Arbeiter-Radio-Club Deutschlands, e. V., veranstaltet in Leipzig in der Meißnerstraße in der Gohliser Straße vom 14. bis 22. November 1925 eine größere Ausstellung für die deutschen Radioamateure. Sie soll dem Austausch von Erfahrungen dienen und den Ausführenden einen Überblick über die bisherigen Leistungen vermitteln. Darüber hinaus soll die Ausstellung demonstrieren, wie es schon mit geringen Mitteln möglich ist, auch hochwertige Apparate selbst zu bauen. Sie will in jedem Besucher den Wunsch wecken, sich dieses modernsten Zweiges der Technik zu bedienen. Eine gleichzeitige Ausstellung der Radioindustrie und des Handels soll dem einzelnen die Möglichkeit geben, sich über die im Handel befindlichen Materialien und deren Preise zu informieren. Jedem Amateur ist freigestellt, sich zu beteiligen. Die Anmeldungen laufen zahlreich ein, so daß die Ausstellung recht gut besetzt zu werden verspricht. Die Ausstellungsleitung hat ihr Bureau in Leipzig, Sternwartenstraße 40. Interessenten wird anheimgeboten, sich mit dem Bureau sogleich in Verbindung zu setzen.

Fachliteratur.

„**Fachblatt der Maler**“, herausgegeben von unserm Verbandsrat, Heft 8 bringt auf Tafel 33 den wohl gelungenen Versuch einer ganz neuartigen Bemalung eines Treppenhauses, von A. Waldamuz; auf Tafel 34 drei Wandmuster in feinsten Farben zusammenstellung, von Koszowski; auf Tafel 35 ein reizvolles Teezimmer, von G. Hübbe, das dem Praktiker eine Menge malerischer Einzelheiten und Anregungen bietet, und auf Tafel 36 eine Wandbemalung für eine Kinokasse, von W. Wahlfeldt, die eine größere Fläche durch Aufteilung und freihändige Malerei in wirkungsvoller Weise behandelt. Außer den vorzüglichen Vorlagenblättern bringt das Heft im textlichen Teil einen größeren Aufsatz über „**Terpentinölersäure**“ aus der Feder des Praktikers Cornelius Hebing, „**Griechische Architektur**“, Stilmerkmale von W. G. Sternberg, und Fortsetzungen der Artikelreihen „**Die Perspektive für den Dekorationsmaler**“ und „**Die Fibel**“. Unter fachkritischem folgt eine Besprechung der Vorlagen und eine Würdigung zu den Bestrebungen für einen „**Einheitlichen Lehrplan für Malerlehrlinge**“, ferner „**Bunte Nachrichten**“. In den Text eingestreut sind eine Anzahl von Klippchen für die verschiedensten Zweige unseres Berufs. Das „**Fachblatt**“ erscheint monatlich einmal, und ist für die Mitglieder des Verbandes durch die Filialen zum Preise von 3 M für das Vierteljahr, von Nichtmitgliedern durch die Postanstalten oder direkt vom Verlage zum Preise von 4,50 M vierteljährlich zu beziehen.

„**Der Ladiere**“, Zeitschrift für die in Ladierebetrieben beschäftigten Berufskollegen, erscheint seit dem 1. August monatlich. Die November-Nummer enthält neben drei fachtechnischen Artikeln „**Die Trockenkammer**“, „**Terpentinöl oder Benzol**“ und „**Ertee-Duco**“ in ihrem Leitartikel eine Betrachtung über die „**Betriebswirtschaftslehre**“. Aufsätze über „**Die Folgen des Alkoholismus**“ und „**Krise in der Automobilindustrie**“ zeigen die Zusammenhänge zwischen Wirtschaft und Kultur. Berichte „**Aus unsern Sektionen**“ und ein Hinweis auf Bücher und Schriften beschließen den Inhalt. Der „**Ladiere**“ wird den Kollegen in den Filialen unentgeltlich verabfolgt.

Literarisches.

„**Illustrierte Reichsbannerzeitung**“, Verlag J. S. W. Dieckhoff, Berlin SW. 68, Nr. 41 des 2. Jahrganges bringt neben Bildern aus dem täglichen Leben einen interessanten Artikel mit Abbildungen über das jaegerunwobene Jantarich in Schwamirita, das vor mehr als 100 Jahren zugrunde ging. Ferner Illustrationen von der im Bau befindlichen Schwabe-

haben auf der Zugspitze, vom Krieg gegen den Alkohol in Afrika und vieles andere mehr. Diese einzigartige illustrierte Zeitschrift verdient die weiteste Verbreitung. Jede Nummer kostet nur 20 H.

„**Die Frauenwelt**“ bringt in ihrem neuen Heft 23. ein Gedicht zum 9. November, der uns ein großer Punkt in der Geschichte ist. Friedrich Wendel erinnert in rühmlichen Betrachtungen an die Schrecken der Jahre. Eine Reihe anderer Aufsätze, Unterhaltendes, Belehrendes, gute Illustrationen machen den weiteren Inhalt des Heftes aus. Die Heftbeilage bringt das Neueste für den Heft. Jedes Heft der Frauenwelt kostet 30 H., mit Schnittbogen 10 H. mehr. Zu beziehen durch alle Volksbuchhandlungen und Postanstalten.

„**Die Gemeinde**“, die Halbmonatsschrift für soziale Arbeit in Stadt und Land ist zu einem unentbehrlichen Ratgeber für alle in irgend einem Zweige der Gemeindeverwaltung tätig geworden. Das erste Novemberheft (Nr. 21) enthält sechs vorzügliche Aufsätze zu einer Reihe wichtiger kommunalen Fragen. Nachrichten aus Ländern und Gemeinden und eine Reihe kleinerer Notizen machen den übrigen Inhalt aus. Jede Gemeinde kostet monatlich 60 H. und ist durch alle Volksbuchhandlungen und Postanstalten oder direkt vom Verlag J. S. W. Dieckhoff, Berlin SW. 68, zu beziehen.

Vereinstell.

Bericht der Hauptkasse für Monat Oktober.
Eingeliefert haben: Altenburg 250 M., Aßmannshausen 200, Bahreuth 300, Berlin 2500, Bernburg 410, Bielefeld 600, Bremen 1500, Breslau 2000, Celle 900, Chemnitz 900, Darmstadt 8800, Deimold 500, Dortmund 1000, Dresden 4000, Eisenach 100, Eiserfeld 600, Elmhorn 750, Emden 97,37, Emmendingen 157,88, Eschwege 561, Effen 1000, Flensburg 350, Frankfurt 4000, Freiburg 800, Friedberg 800, Gera 350, Gießen 350, Glauchau 88,86, Göttingen 1000, Güstrow 150, Halberstadt 497,80, Halle 1000, Hameln 1000, Hannover 1700, Heidelberg 250, Herford 800, Hildesheim 150, Hildesheim 85, Hof 175, Hohenstein 60, Homburg 250, Königsberg 1000, Königsberg 150, Korbach 380, Korbach 100, Landeshut 50, Leipzig 5200, Lindau 126,48, Lützen 400, Lübeck 1800, Ludenwalde 200, Mannheim 1800, Meiningen 250, München 1600, Münster 250, Naumburg 270, Neudamm 356,87, Nürnberg 1770, Osnabrück 150, Passau 220, Regensburg 200, Saarbrücken 237, Sagan 188,78, Straßburg 200, Stuttgart 700, Swinemünde 250, Tilsit 100, Tilmannsdorf 400, Weiden 50, Weimar 400, Wiesbaden 550, Wilhelmshaven 550, Zeitz 500. J. Seitz, Kassier.

Dom 8. bis 14. November ist die 46. Beitragswoche.

Sterbetafel.

Chemnitz. Am 21. Oktober starb nach längerer Krankheit unser treues Mitglied Hermann Lange im Alter von 78 Jahren.
Köln. Am 16. Oktober starb nach langer schwerer Krankheit unser Kollege Hermann Otto an Magenkreislage im Alter von 49 Jahren. Wir verlieren in dem Dahingegangenen einen unserer besten und aufrichtigsten Kollegen.
Mainz. Am 1. November starb unser Mitglied Jacob Weidmann, Lüncher zu Mainz-Nombach im Alter von 50 Jahren.
Ehre ihrem Andenken!

Anzeigen

Zu verkaufen gut eingeleitetes Malergeschäft. Werkstätten und Drei-Zimmer-Wohnung. Gute und sichere Existenz.
Gustav Heyn, Schönlaube, Ostb., Markt 14.

Mecklbg. Maler-Technikum

Schwerin i. M. 5

Planmäßige, gewissenhafte und gründliche Ausbildung in allen Fächern für die Praxis. Arbeiten der Schüler auch wieder an allen beschickten diesjährigen Fachausstellungen als hervorragend praktisch und zeitgemäß anerkannt und in Neubrandenburg mit „Höchster Auszeichnung“, in Cöthen mit der „Staatsmedaille“ bewertet.

Meister- und Gehilfenprüfungen
Wintersemester vom 1. Oktober bis 31. März.
Gute und billige Wohn- und Verpflegungsverhältnisse. - Eintritt jederzeit! Aufklärungsschrift und Lehrplan usw. kostenfrei durch die Direktion.

Abendkurse

für neue Holz- und Marmorarbeiten, auch Sonntags erteilt
Friedr. Popp, Hamburger-Eppendorf, Regelschloßstraße 27, Hochpart.

Dekorationsmaler

(erste Kraft, bis 35 Jahre alt)

in leitende Stellung sucht Berliner Großbetrieb. Bewerbungen mit Zeugnisabschriften, Referenzen und Gehaltsansprüchen erbitten wir unter **WL B. 2303** postlagernd Berlin C 2, Postamt 1, bis 20. d. M.